

Referat: OBM
Amt: 13-2

Niederschrift

Besprechung am: **07. März 2022** Beginn: 19:05 Uhr
Ort: Online Ende: 21:50 Uhr

Thema: **1. Sitzung des Stadtteilbeirates Innenstadt**

Anwesende

Stadtteilbeirat:
Fr. Siegler,
Fr. Fath-Kelling,
Hr. Helling, Fr. Scherrers
Fr. Dr. Schorcht,
Hr. Guter, Fr. Coerlin
für Hr. Schmid

Ersatzmitglieder:
Fr. Elhaus,

Stadtrat:
Hr. Sauerer,
Hr. Dr. Heydenreich,
Hr. Jarosch

Verwaltung/Gäste:
Ref. VI/Hr. Weber,
EB77/Fr. Totzauer,
Fr. Atzenbeck,
Seniorenbeirat/Fr. Radtke,
EN/Hr. Schreiter,
13/Fr. Maroke

Bürger*innen: ca. 30

Entschuldigt

Hr. Schilling, Hr. Winkler

Verteiler

Alle Referate, Fachämter,
Stadtteilbeiräte, Fraktionen,
Amt 13/Fr. Lotter, Fr. Gügel

Die Niederschrift beschränkt sich auf die Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse. Wenn innerhalb von acht Tagen nach Zusendung der Niederschrift keine Einwände erhoben werden, wird Einverständnis unterstellt.

Ergebnis:

Die Vorsitzende, Frau Dr. Claudia Schorcht, begrüßt alle Anwesenden. Die Tagesordnung wird verlesen, Änderungen werden nicht gewünscht.

TOP 1: Universitätsstraße: Planung und Umsetzung der Fahrradstraße

1. Zur Problematik der Information und Abstimmung

Der Stadtteilbeirat Innenstadt hat Anfang Februar auf Umwegen von der vorgesehenen Umgestaltung der Universitätsstraße in eine Fahrradstraße im Lauf des Frühjahrs 2022 und der Informationsveranstaltung dazu am 14. Februar 2022 erfahren. Die Vorsitzende des Stadtteilbeirats hat sich daraufhin – ohne Vorliegen einer Einladung – zu dieser Veranstaltung angemeldet und konnte teilnehmen. Erst Mitte Februar die offizielle Information der Verwaltung über die geplante Maßnahme erhalten.

In diesem Zusammenhang moniert der Stadtteilbeirat Innenstadt, dass im Beschluss des Stadtrates vom 20.04.2021 im Wortlaut die Verwaltung zu einer Abstimmung mit der Öffentlichkeit und dem Stadtteilbeirat beauftragt wurde:

»Die Verwaltung wird beauftragt, das in der Sachverhaltsdarstellung aufgeführte Planungskonzept zu konkretisieren und mit der Öffentlichkeit und dem Stadtteilbeirat Innenstadt abzustimmen«,

dass aber dessen ungeachtet keinerlei Information des Stadtteilbeirats und erst recht keine Abstimmung mit ihm erfolgte.

Der Stadtteilbeirat Innenstadt bedauert, dass das Verwaltungsvorgehen zum Thema Fahrradstraße in der Universitätsstraße zu der nun erlebten Polarisierung der Stadtgesellschaft geführt hat. Eine Lösungsfindung unter konstruktiver Einbeziehung der Betroffenen wurde hiermit dauerhaft erschwert.

Vom Oberbürgermeister als Vorgesetztem der Verwaltung wurde das Verwaltungshandeln im VEP-Forum vom 17.02.2022 als alternativlos dargestellt, eine Abstimmung sei deshalb für die Verwaltung nicht mehr zielführend und erforderlich.

Der Stadtteilbeirat Innenstadt wurde im Ergebnis in diesem für seinen Zuständigkeitsbereich äußerst relevanten Punkt erneut übergangen, die Anliegen der Betroffenen in der Innenstadt – wenn überhaupt – offenbar nur sehr selektiv angehört oder einbezogen.

Nachdem es regelmäßig vorkommt, dass der Stadtteilbeirat über Themen in seinem Zuständigkeitsbereich nicht informiert wird (auch wenn seine Einbeziehung wie hier vom Stadtrat explizit gefordert wurde), stellt sich dem Beirat die Frage, wie er die ihm zugedachten satzungsmäßigen Aufgaben überhaupt wahrnehmen kann.

Die Auskunft der Verwaltung, dass die Information des Stadtteilbeirats gleichzeitig mit der Bereitstellung der Informationen für UVPA und Stadtrat erfolgt, also circa eine Woche vor Beschlussfassung durch diese Gremien, zeigt zudem auf, dass selbst bei diesem regulären Procedere (wenn es zuverlässig funktionieren würde) der einmal im Quartal tagende Beirat keine Chance hat, seine Aufgaben zu erfüllen.

Der Stadtteilbeirat richtet deshalb an den Oberbürgermeister und die von ihm geführte Verwaltung den einstimmigen Antrag, ein Procedere zu formulieren und zu etablieren, das Bürger*innenbeteiligung und angekündigte Abstimmungsprozesse zukünftig ernst nimmt, mit Leben füllt und dem Stadtteilbeirat ermöglicht, die ihm zugedachte Aufgabe zu erfüllen.

2. Zum Sachverhalt:

Die vorgezogene Umgestaltung der Universitätsstraße zur Fahrradstraße schon im Frühjahr 2022 und die damit verbundene unterbliebene bzw. sehr kurzfristige Information vieler Beteiligter und Betroffener hat breites Unverständnis hervorgerufen. Eine an sich sinnvolle und erforderliche Maßnahme ist so in den Augen vieler von Anfang an diskreditiert worden.

Andererseits sollte Konsens darüber bestehen, dass die Verkehrswende in Erlangen nur erfolgreich sein kann, wenn die erforderlichen Maßnahmen von Politik, Verwaltung, Bürger*innen und beteiligten Institutionen der Stadtgesellschaft gemeinsam getragen werden.

Die Durchführung der Maßnahme ist inzwischen beschlossen. Die Diskussion um die wegfallenden Parkplätze geht dennoch weiter.

Nach Angabe der Verwaltung entfällt in der Universitätsstraße ein Großteil der bisherigen Parkplätze (Angaben zwischen 60 und 80), evtl. alle. Der Wegfall dieser Parkplätze wird von den Unikliniken (und auch in Leser*innenbriefen in den Erlanger Nachrichten) vor allem mit Blick auf schwerkranke Patient*innen beanstandet, denen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht zuzumuten sei. Andererseits beschreibt gerade dieser Personenkreis die Suche nach einem Parkplatz in Kliniknähe auch jetzt schon als äußerst problematisch.

Der Stadtteilbeirat Innenstadt fordert die Stadtverwaltung, die Universität und die Universitätskliniken auf, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, die dem Erfordernis der Verkehrswende Rechnung tragen und intelligente digitale Lösungen (Stichwort: Smart City) für die Verwaltung des knappen Parkraums nutzen.

Der Stadtteilbeirat stellt einstimmig folgenden Antrag:

1. Für die Mehrzahl der Patient*innen wäre die Nutzung der kostenlosen Kliniklinie ab Großparkplatz oder Fuchsenwiese zumutbar, wenn nicht sogar eine gerne genutzte Option.

Dies würde allerdings voraussetzen, dass ihnen die Existenz der kostenlosen Kliniklinie bekannt wäre.

Wir beantragen deshalb:

- a. **die zügige Umsetzung unseres Antrags vom 10. Dezember 2021 nach deutlicher Kennzeichnung der Fahrzeuge der Kliniklinie, so dass erstens erkennbar ist, dass es sich um ein öffentliches Verkehrsmittel handelt und zweitens, dass die Nutzung kostenlos ist. Die Umsetzung sollte spätestens zu Beginn der Baumaßnahmen in der Universitätsstraße erfolgt sein.**
 - b. **Die Durchführung einer breit angelegten gemeinsamen Werbeaktion von Stadt und Universitätskliniken für die Kliniklinie. Ziel muss sein, dass alle Patient*innen über die Existenz und Linienführung der Kliniklinie und die Möglichkeit ihrer kostenlosen Nutzung informiert sind.¹**
2. Der viel kleineren Gruppe schwerkranker Patient*innen, denen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht zumutbar ist, kann mit intelligenten Lösungen der Parkraumbewirtschaftung mit großer Wahrscheinlichkeit effektiver geholfen werden als mit der gegenwärtigen Parksituation, in der sie laut eigenen Beschreibungen meist doch keinen Parkplatz in Kliniknähe finden.
- Universität und Unikliniken verfügen auf eigenem Gelände an oder in unmittelbarer Nähe der Universitätsstraße über rund 220 Stellplätze.
- Der Beirat beantragt die Prüfung der Möglichkeiten, einen kleinen Teil dieser Plätze für diese Patient*innengruppe zu reservieren und über eine intelligente Bewirtschaftung, wie sie in Smart City Modellen Standard ist, optimiert zu nutzen.²**
- Der Stadtteilbeirat stellt den Antrag zur Prüfung und Umsetzung einer solchen Lösung – ggfs. auch auf einem nichtuniversitären Areal, falls es mit der Universität hier zu keiner Einigung kommt.**

¹ Auf den Antrag auf Umbenennung der Linie verzichtet der Stadtteilbeirat zugunsten einer zügigen und wirksamen Umsetzung der Maßnahmen.

² Entsprechende digitale Tools sind auf dem Markt verfügbar. Sollte keine passende Lösung gefunden werden, wäre ihre Entwicklung ein interessantes und schnell umsetzbares Thema für eine Kooperation von TechFak, Unikliniken und Stadtverwaltung (Förderprogramme für solche Projekte gibt es z.B. im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU: <https://www.klimaschutz.de/de/foerderung/foerderprogramme>)

TOP 2: Passarelle Altstadtmarktpassage – Ex-Greiner: Teilabbruch

Bei der Sitzung des Stadtteilbeirats Innenstadt am 21. Juli 2021 stellte Herr Seissl von ssp Architekten kurz eine Planung vor, die im Kontext einer Aufwertung des Bereichs Westliche Stadtmauerstraße den Abriss der Passarelle im 1. OG und ihren Ersatz durch eine Treppe vorsah.

Der Stadtteilbeirat formulierte dazu folgenden Antrag:

»Der Stadtteilbeirat Innenstadt begrüßt die Überlegungen, den Straßenzug Westliche Stadtmauerstraße vom Greiner zum Lesecafé attraktiver zu gestalten und fordert die Politik und die Verwaltung zur Wahrnehmung dieser aktuell gegebenen Chance auf. Im weiteren Planungsprozess möchte der SBR beteiligt werden.«

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Am 17. Februar wurde die Vorsitzende des SBR Innenstadt zufällig (Durchsicht der TO UVPA am 22.2.2022) darauf aufmerksam, dass in der Sitzung eine Studie zu diesem Thema vorgestellt und der Teilabbriss der Passarelle beschlossen werden sollte.

Der STBR war über die Studie und das Abriss-Vorhaben weder informiert, geschweige denn in irgendeiner Weise beteiligt worden.

Durch Intervention von Mitgliedern des SBR bei ihren Fraktionen wurde schließlich erreicht, dass auf Antrag von Christian Eichenmüller, GL, die Beschlussvorlage als Einbringung behandelt und der Beschluss auf die März-Sitzung des UVPA verschoben wurde.

Der STBR sieht dieses übereilte Vorgehen aus folgenden Gründen äußerst kritisch:

1. Eine Information und Beteiligung der Bewohner*innen des Quartiers und der Passant*innen im Bereich Altstadtmarktpassage/Kaufland im Vorfeld des Vorhabens erfolgte nicht (die Machbarkeitsstudie bezieht nur die drei direkten Anlieger ein). Auch der SBR wurde trotz seines Antrags vom 21. Juli 2021 nicht einbezogen.
2. Der Beschlusstext bezieht sich bei der Begründung der Einziehung des Eigentümerwegs »aufgrund des Wegfalls jeder Verkehrsbedeutung« einzig auf die Machbarkeitsstudie: »Basierend auf den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie hat sich bestätigt, dass der zwischen der Westlichen Stadtmauerstraße/Engelstraße und der Altstadtmarktpassage gelegene Fußgängersteg jede Verkehrsbedeutung verloren hat.«
Die Menschen im Quartier wurden nicht gefragt, ob und wie oft sie diesen Weg nutzen, und es wurde ganz offensichtlich noch nicht einmal eine Zählung der Nutzer*innen des Wegs über einen repräsentativen Zeitraum, was mit geringem technischem Aufwand möglich wäre, durchgeführt.

Zudem wurde in der Studie systematisch ignoriert, dass der größte Teil der Nutzer*innen der Passarelle nicht von der Hauptstraße kommt, sondern durch den hinteren Zugang zur Altstadtmarktpassage: Der Weg Westliche Stadtmauerstraße / Plateau der Passage / Passarelle bildet eine direkte Verbindung vom Bahnhof und Gerbereitunnel zum E-Werk und zur Fuchsenwiese und wird in dieser Funktion auch bevorzugt genutzt.

Die Machbarkeitsstudie mischt kurzfristige Umsetzungen und langfristige Ziele in der Bewertung intransparent ineinander, dem ist gegenüberzustellen:

- Der Teilabbruch der Passarelle ist eine Einzelmaßnahme, die ohne Umsetzung einer Treppe direkt vom Plateau der Passage diesen Raum für die nächsten Jahre zusätzlich isoliert.
- Kurz- und mittelfristig ist wegen der Lieferzufahrt Kaufland eine Aufwertung der Westlichen Stadtmauerstraße nicht möglich.
- Fußgänger*innen, die im Moment aus Richtung Bahnhof den Weg über die Altstadtmarktpassage und die Passarelle wählen, werden veranlasst, den nicht nur unattraktiven, sondern mangels Gehsteig auch gefährlichen Weg durch die Unterführung Westliche Stadtmauerstraße zu nutzen.
- Die Vision einer Aufwertung der Westlichen Stadtmauerstraße durch Abriss von Kaufland und Plateau der Passage klingt zwar attraktiv, liegt aber nach jetzigem Ermessen in weiter Ferne und übersieht zudem, dass jedes nachhaltige Konzept für eine so umfassende Maßnahme auch den vorderen Teil der Altstadtmarktpassage mit einbeziehen müsste.
- Es scheint, dass hier auf Ersuchen eines Anliegers eine Einzelmaßnahme kurzfristig umgesetzt wird und Fakten schafft, ohne dass ihre Kompatibilität mit einem noch zu entwickelnden, aber dringend erforderlichen Gesamtkonzept für das Areal Altstadtmarktpassage/Kaufland sichergestellt ist.

Vor diesem Hintergrund stellt der Stadtteilbeirat Innenstadt einstimmig den Antrag, den Beschluss zum geplanten Teilabriss der Passarelle zu verschieben und im Vorfeld folgende Maßnahmen durchzuführen bzw. die genannten Optionen zu prüfen:

- 1. Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Quartierbewohner*innen**
- 2. Zählung der Nutzer*innen der Passarelle für einen repräsentativen Zeitraum**
- 3. Prüfung der aktuellen Pläne zum Teilabbruch auf folgende zwei Varianten:**
 - a. Erhaltung und Attraktivierung, auch mit Blick darauf, dass im ZAM offenbar Überlegungen bestehen, den Hauptzugang über den zu erhaltenden Balkon in der Westlichen Stadtmauerstraße zu planen, womit sicherlich eine künftig noch wachsende Nutzung des Fußwegs verbunden wäre.**

- b. Teilabbruch und Schaffung eines Ersatz-Zugangs zur Westlichen Stadtmauerstraße durch eine direkt an das Plateau anschließende Treppe zur Erhaltung der Verbindung zum E-Werk und zur Fuchsenwiese (wie es in der Präsentation in der Sitzung des SBR am 21.7.2021 kommuniziert worden war).**
- 4. Der SBR Innenstadt wird vor einer erneuten Beschlussplanung über die Ergebnisse der weiteren Antragspunkte informiert.**

Top 5: Verkehrssituation Spardorfer Straße

Hr. Weber erläutert zur Spardorfer Straße, dass alle halben Jahre Verkehrszählungen durchgeführt werden, jährlich wird im Ausschuss berichtet. Leichte Veränderung wurde festgestellt bei der Verkehrsfrequenz.

Zahlen für Verkehrsberuhigung wurden noch nicht erreicht. Die Spardorfer Straße ist eine Hauptverbindung des Umlandes in die Stadt. Auch das ist derzeit noch ein Grund gegen eine Verkehrsberuhigung. Dies ist auch eine politische Entscheidung.

Die Vorlage hierzu kann eingesehen werden im Ratsinformationssystem.

Top 3: Mülltrennung in der Innenstadt

Mülltrennung in den kleineren Straßen der Altstadt findet teilweise nicht statt. Bio- und Restmüll werden hier teilweise von einem Auto statt getrennt abgeholt.

Frau Totzauer berichtet, dass grundsätzlich Müll getrennt geholt wird. Allerdings würden stark mit Restmüll befüllte Biotonnen ins Restmüllauto geleert. Sie könnten auch stehen gelassen werden, dann hat der/die Besitzer*in Zeit, den Inhalt der Tonne zu sortieren und bei der nächsten Leerung werden dann die Tonnen wie üblich geleert.

Auf Nachfrage aus dem SBR nimmt Frau Totzauer auf die vorgestellten Fälle Bezug, in denen die Mülltrennung in den kleineren Straßen der Altstadt systematisch nicht erfolgte. Dies sei nicht regelkonform und man werde dafür Sorge tragen, dass es in Zukunft nicht wieder vorkommt. Die Vorgabe der konsequenten Beachtung der Mülltrennung bei der Abholung werde im Zuge eines Qualitätsmanagements in die jährlich stattfindende Sicherheitsunterweisung aufgenommen.

Hr. Guter wünscht sich, dass Bürger*innen aufgeklärt werden sollten, dass Mülltrennung wichtig und notwendig ist. Evtl. könnten Hinweise auf die Tonnen geklebt werden.

Frau Totzauer teilt mit, dass Gespräche mit der Abfallberatung angesetzt sind.

TOP 4: Hochwasserschutz Schwabach

Anhörung der Anwohner fand statt. Monika Fath-Kelling berichtet.

An dieser Veranstaltung nahm kein Mitglied des Beirates teil. Die von Frau Fath-Kelling mitgeteilten Informationen dazu stammen aus den Mitteilungen eines Teilnehmers. Äußerst konstruktive Sitzung mit Anwohnern und Wasserwirtschaftsamt. Prozess wurde angestoßen und wird weiter entwickelt.

Ausführliche Behandlung in nächster Sitzung vorgesehen. Telefonat mit Umweltamt/Hr. Lennemann geplant.

TOP 6: Bearbeitete Anfragen/Anträge

- a. Radwegführung an der Schwabach: wurde zum Teil beantwortet vom Umweltamt.
- b. Verkehrssituation Harfenstraße: Wurde zufriedenstellend beantwortet, in einem bestimmten Bereich wurde Parkverbot eingerichtet.
- c. Aufparken Engelstraße: Vorschlag des Beirates wurde 2019 umgesetzt. Gitter vor dem Hort wurde beschädigt und wird nun ersetzt.

TOP 7: Offene Anfragen/Anträge

- a. Frau Maroke fragt bezüglich der Klinik-Linie bei den ESTW an. Evtl. jemanden einladen zur nächsten Sitzung.
- b. Neustädter Kirchplatz Bowle-Spiele. Frau Maroke fragt nach dem Bearbeitungsstand des Antrages.
- c. Pop-Up-Fussgängerzone: Wird voraussichtlich im April im UVPA behandelt. Der SBR weist darauf hin, dass die Bearbeitung des Antrags, der bereits im Sommer 2021 gestellt wurde, drängt und dass er auf jeden Fall im April behandelt werden muss, wenn eine ggfs. positive Entscheidung noch konkrete Planungen für den Sommer 2022 erlauben soll.

TOP 8: Klimabudget

Am 1. Mai endet die Antragsfrist für die erste Förderperiode im Jahr 2022. Das Umweltamt kann mit Druckwerk bei der Bewerbung des Projekts unterstützen, eine weitere Unterstützung ist nicht vorgesehen. Evtl. kann das Klimabudget auf [Nebenan.de](https://www.nebenan.de) oder über die Facebook-Seite des

Beirates beworben werden. Der SBR plant für das Frühjahr keine eigene größere Aktion zur Bewerbung des Klimabudgets.

Hr. Guter stellt das Klimabudget kurz für die anwesenden Bürger*innen vor.

www.erlangen.de/klimabudget

TOP 9: Sonstiges

- Ein Bürger fragt an, was zum Tag der Altstadt geplant ist.
Der Stadtteilbeirat weiß noch nichts zu den aktuellen Planungen und verweist ans Citymanagement und den Förderverein Altstadtforum.
- Das Thema „Beleuchtung Wöhrmühle“ wird auf die nächste Sitzung verschoben.
- Frau Scherrers möchte wissen, ob aus der Idee eines Hofflohmarktes etwas wurde oder ob jemand bei der Organisation eines solchen unterstützt werden kann. Evtl. kann Hr. Guter Kontakt zur Uni herstellen. Ein Bürger regt an, dass beim Tag der Altstadt ein Flohmarkt stattfinden kann.

gez.

Dr. Claudia Schorcht

Vorsitzende Stadtteilbeirat Innenstadt

gez.

Yvonne Maroke

Schriftführerin